

Ausgewählte politische Schwerpunkte in der BMG-Arbeitsplanung 2023

(Themen in alphabetischer Reihenfolge)

Vorhaben	Inhalt	Zeitplan
Arzneimittellengpässe	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbesserung der Versorgung mit Arzneimitteln für Kinder: BfArM definiert Arzneimittel, die aufgrund der zugelassenen Darreichungsformen und Wirkstärken zur Behandlung von Kindern erforderlich sind: keine Rabattverträge und keine Eingruppierungen in Festbetragsgruppen für diese Arzneimittel. Bestehende Festbeträge werden aufgehoben, neue Preisobergrenze wird auf das 1,5-fache angepasst, Preismoratorium wird entsprechend angepasst. ▪ Rabattverträge – Maßnahmen zur Diversifizierung der Lieferketten und verbindliche Vorratshaltung; Stärkung der Versorgungssicherheit, Verringerung von Abhängigkeiten und Förderung des Produktionsstandorts EU und im Europäischen Wirtschaftsraum. ▪ Festbetrags-Arzneimittel - Unterstützung von Marktsegmenten mit wenigen Anbietern. ▪ Verbesserung der Arzneimittelversorgung für Patientinnen und Patienten in Apotheken durch vereinfachten Austausch von Arzneimitteln. ▪ Bessere Verfahren zur frühen Erkennung von Versorgungsengpässen. 	<p>Abschluss im Bundesrat: 7. Juli 2023</p> <p>Inkrafttreten 1. August 2023 bzw. Tag nach Verkündung</p>
Beschäftigte in der Pflege und Gesundheitsberufe	<p>„Community Health Nurse“</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Derzeit Tätigkeitsdefinition und Bedarfsermittlung durch BMG mit dem Ziel Eckpunkte. 	<p>Erste Vorschläge im Jahr 2023</p>
	<p>Pflegestudium-StärkungsG (PflStudStG)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Hochschul-Pflegeausbildung (Studierendenvergütung und Finanzierung prakt. Ausbildung aus Länder-AusbFinanzFonds). ▪ technische Anpassungsbedarfe von Seiten der EU und Länder. ▪ Anpassung Regelungen zur Fachkräftegewinnung aus Ausland. ▪ später: Heilkundeübertragung Pflegekräfte. 	<p>Kabinett 24. Mai 2023; Bundestag 2./3. Lesung voraussichtlich im Oktober 2023</p>

Vorhaben	Inhalt	Zeitplan
	Reform der Physiotherapie <ul style="list-style-type: none"> ▪ Teilakademisierung des Berufsfelds durch Implementation eines fachschulischen und eines hochschulischen Berufs in der Physiotherapie mit jeweils spezifischen Kompetenzen. ▪ Im Anschluss: Reform der Ergotherapie- und Logopädie-Ausbildung. 	Referentenentwurf 3. Quartal 2023
	Reform des Medizinstudiums <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausdehnung der Beschäftigung mit der Allgemeinmedizin auf alle Phasen des Studiums, ▪ Erhöhung der Wissenschaftlichkeit, ▪ und weitere Inhalte. 	Referentenentwurf Approbationsordnung in Länder- und Verbändeanhörung bis Mitte August
Bürokratieentlastungsgesetz	Aufbauend auf Empfehlungen zum Bürokratieabbau legt BMG einen entsprechenden Gesetzesentwurf vor.	Empfehlungen bis zum 30. September 2023 (§ 220 Abs. 4 SGB V)
Cannabis: Kontrollierte Abgabe an Erwachsene	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Weiterentwickeltes Eckpunktepapier hin zum 2-Säulen-Modell („Club Anbau & Regional-Modell“) liegt seit dem 12.04.2023 vor. ▪ Ziel ist dabei, die Qualität zu kontrollieren, die Weitergabe verunreinigter Substanzen zu verhindern, den Jugendschutz und Gesundheitsschutz für Konsumentinnen und Konsumenten bestmöglich zu gewährleisten sowie den Schwarzmarkt einzudämmen. 1. Säule <ul style="list-style-type: none"> ▪ Nicht-gewinnorientierte Vereinigungen dürfen unter engen Rahmenbedingungen gemeinschaftlich Cannabis anbauen und an die Mitglieder für den Eigenkonsum abgeben ▪ Besitz wird zum Eigenkonsum bis 25g und der private Eigenanbau bis zu max. 3 Pflanzen straffrei ▪ Flankierung durch umfassende Maßnahmen zum Kinder- und Jugendschutz (Werbeverbot für Cannabis, Frühinterventionsmaßnahmen und Präventionsprogramme, weitere Auflagen zum Jugendschutz und der Prävention). 2. Säule <ul style="list-style-type: none"> ▪ Abgabe von Cannabis an Erwachsene im Rahmen eines wissenschaftlich konzipierten, regional begrenzten und befristeten Modells. 	Referentenentwurf derzeit in Ressortabstimmung; Kabinett August 2023 angestrebt 2. Säule im Anschluss

Vorhaben	Inhalt	Zeitplan
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Hierfür wird Unternehmen die Produktion, der Vertrieb und die Abgabe in Fachgeschäften von Cannabis an Erwachsene in einem lizenzierten und staatlich kontrollierten Rahmen ermöglicht. 	
Digitalisierung	<p>Das Bundesministerium für Gesundheit hat im März eine Digitalisierungsstrategie für das Gesundheitswesen und die Pflege vorgelegt. Inhalte der Strategie sind neben einer Vision und Zielen für das Digitalisierungsvorhaben auch die Ausarbeitung von Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung durch zwei Gesetze.</p> <p>Digitalgesetz (DigiG), u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Opt-Out-ePA ▪ E-Rezept wird verbindlicher Standard in der Arzneimittelversorgung <p>Gesundheitsdatennutzungsgesetz (GDNG), u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Opt-out für Nutzbarmachung der ePA-Daten zu Forschungszwecken, ▪ Justierung Datenschutzaufsicht, ▪ Verbesserung der Datenverfügbarkeit für die Forschung <p>Entwicklung der gematik zur Digitalagentur im Rahmen eines eigenen Gesetzgebungsverfahrens.</p>	RefE DigiG und GDNG in Ressortabstimmung; Kabinett August 2023 angestrebt
GKV-Finanzierung	Empfehlungen für eine stabile, verlässliche und solidarische Finanzierung der GKV (GKV-Finanzreform) – Ausgestaltung abhängig von Finanzprognosen für GKV für die Jahre 2024 ff.	Empfehlungen Mai 2023 vorgelegt; derzeit in Abstimmung mit Ressorts
Hitzeschutz	<p>Aktionsplan Hitzeschutz</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Vor dem Hintergrund zunehmend auftretender Hitzewellen hat das BMG mit Vertretern von Ärzteschaft, Pflege, Krankenkassen, Kommunen und dem Deutschen Wetterdienst den Hitzeschutzplan für Gesundheit – Impuls des BMG beraten. ▪ Der Hitzeschutzplan sieht unter anderem vor, die Bevölkerung stärker vor den Gefahren zunehmender Hitze zu warnen und Pflegeheimen, Kommunen, Krankenhäusern sowie Gesundheitsämtern konkrete Konzepte zur Verfügung zu stellen, um auf Hitzewellen zu reagieren. Vorbild für den Hitzeschutzplan ist ein ähnlicher Ansatz wie in Frankreich, der je nach Außentemperatur seine Maßnahmen bei Hitze staffelt. Zugegriffen werden soll dabei auf das 	Ende Juli Impulspapier vorgelegt und Auftaktveranstaltung; nächste Hitzeschutzkonferenz Ende Juli

Vorhaben	Inhalt	Zeitplan
	<p>Hitzewarnsystem des Deutschen Wetterdienstes, das perspektivisch Grundlage für das Auslösen von Interventionskaskaden sein könnte.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Das BMG arbeitet aktuell gemeinsam mit den Beteiligten intensiv daran, die Vorschläge und weitere Ideen zur Verbesserung der Hitzevorsorge zu konkretisieren und einige davon noch in diesem Sommer umzusetzen. 	
Internationales	<p>Unterstützung der Ukraine</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Zahlreiche Projekte, z.B. in den Bereichen Prothesenversorgung, Versorgung von Brandverletzungen, etc. 	Laufend
Krankenhaus	<p>Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Grundsätzlich vierzehntägiger Sitzungsrythmus, zusätzlich verschiedene AGs und drei Klausurtagungen. ▪ Bisher fünf Stellungnahmen (zu Pädiatrie und Geburtshilfe, Tagesbehandlung, Krankenhausfinanzierung, Notfallversorgung, Qualität und Sicherheit der Gesundheitsversorgung (Potenzialanalyse)). 	Regierungskommission tagt laufend; Stellungnahmen fließen entsprechend in Gesetzgebung ein
	<p>Krankenhausreform</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Reform der Krankenhausfinanzierung mit im wesentlichen drei Zielen: Entökonomisierung, Sicherung und Steigerung der Behandlungsqualität sowie Entbürokratisierung ▪ Stellungnahme der Regierungskommission als Grundlage für Konsentierung von Eckpunkten mit Regierungsfractionen und Ländern in Bund-Länder-Gruppe für die Krankenhausreform. ▪ Aufbauend auf Eckpunkt Papier Erarbeitung eines Referentenentwurfs über die parlamentarische Sommerpause. 	<p>BMG hat Basisvorschlag für Eckpunkt Papier vorgelegt.</p> <p>Bund-Länder-Gruppe berät über Eckpunkt Papier am 10. Juli 2023</p> <p>Ziel: Inkrafttreten Anfang 2024</p>
	<p>Reform der Notfallversorgung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Regierungskommission hat am 13. März eine Stellungnahme zur Reform der Notfall- und Akutversorgung vorgelegt. 	Ziel: Eckpunkte für Reform der Notfallversorgung im Herbst 2023; darauf aufbauend

Vorhaben	Inhalt	Zeitplan
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Flächendeckender Aufbau von integrierten Notfallzentren (INZ) sowie integrierten Leitstellen (ILS). ▪ Stellungnahme der Regierungskommission zum Rettungsdienst voraussichtlich im Laufe der Sommerpause. 	Referentenentwurf Anfang 2024
Lebendorganspende (TPG-Reform)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erweiterung Empfänger-Spenderkreis für Nierenlebendspende; Stärkung Spender-Schutz. 	Referentenentwurf 2. Halbjahr 2023
Long-COVID	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Maßnahmenbündel zur Umsetzung der Vorgaben des Koalitionsvertrages Schaffung eines deutschlandweiten Netzwerkes von Kompetenzzentren und interdisziplinären Ambulanzen. ▪ Interdisziplinäre Ambulanzen sollen dabei unterstützt werden, sich untereinander und mit weiteren Akteuren zu vernetzen, um einen Wissens- und Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Dafür wird das BMG einen Förderschwerpunkt im Rahmen der Ressortforschung einrichten. Ziel ist es, dass Forschungsergebnisse zur Behandlung von Long-COVID und ME/CFS möglichst zeitnah in der Versorgung ankommen und umgekehrt, dass Daten aus der Versorgung für Forschende zur Verfügung stehen. ▪ Im Rahmen der Gesetzgebung zum Krankenhauspflegeentlastungsgesetz wurde ein gesetzlicher Auftrag an den Gemeinsamen Bundesausschuss in § 92 SGB V aufgenommen, bis zum 31. Dezember 2023 in einer Richtlinie Regelungen für eine berufsgruppenübergreifende, koordinierte und strukturierte Versorgung für Personen mit Long-COVID zu beschließen. Hierbei sollen mit dem Ziel einer nachhaltigen Verbesserung der Versorgung der Betroffenen strukturierte Versorgungspfade verbindlich beschrieben, notwendige multiprofessionelle Zusammenarbeit vorgegeben sowie Mindestanforderungen an Diagnostik und Therapie definiert werden. ▪ Informationsangebot (Hotline/Homepage) für Betroffene und Behandelnde. ▪ BMG ff. bei interministerieller Abstimmung. 	<p style="text-align: center;">Kontinuierliche Verstärkung / Konzentration der Forschung</p> <p style="text-align: center;">G-BA-Richtlinie bis 31.12.2023</p> <p style="text-align: center;">Haushaltsverhandlungen laufen</p> <p style="text-align: center;">Launch der Homepage Mitte Juli 2023</p>

Vorhaben	Inhalt	Zeitplan
Medizinische Register-Gesetz	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einheitlicher Rechtsrahmen ca. 350 med. Register; Prototyp: Registerdatenbank BGQ/TMF; Zentralstelle für med. Register (ZMR); Auditierungsmöglichkeiten; bundesweite Datenverarbeitung. 	Referentenentwurf Herbst 2023
Medizinstudienplätze	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erhöhung der Zahl der Medizinstudienplätze, Zielgröße +5000 Studienplätze. 	Derzeit Erarbeitung Eckpunkte
Öffentlicher Gesundheitsdienst	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Weiterentwicklung Pakt für den ÖGD. ▪ Aufbau Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit. 	Laufend seit Anfang 2023, Eckpunkte BiÖG in Erarbeitung, Gesetzgebungsvorschläge in 2023
Pandemieprävention	<p>Gesundheitssicherstellungsgesetz</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Koa-Vertrag: effiziente und dezentrale Bevorratung von Arzneimitteln und Medizinprodukten; regelmäßige Ernstfallübungen für Zivilschutz-Personal. 	Eckpunkte im Jahr 2023
Patientenrechte	<p>Patientenrechtegesetz</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ 2023: zehnjähriges Jubiläum des Patientenrechtegesetzes. ▪ Stärkung der Stellung der Patientinnen und Patienten bei Behandlungsfehlern im bestehenden Haftungssystem. ▪ Einführung eines Härtefallfonds mit gedeckelten Ansprüchen. 	Dialog mit BMJ, derzeit Erarbeitung Eckpunkte, Gesetzgebungsvorschläge im Jahr 2023
Reproduktive Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Kommission hat sich am 31.03.2023 konstituiert. ▪ AG 1 prüft, ob und wie der Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafgesetzbuches geregelt werden kann. ▪ AG 2 prüft, ob und wie die Eizellspende und die altruistische Leihmutterchaft legalisiert werden können. ▪ Vorlage Abschlussbericht 12 Monate nach Konstituierung. 	Seit März 2023 hat Kommission Arbeit aufgenommen

Vorhaben	Inhalt	Zeitplan
Versorgung	<p>Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Etablierung von Gesundheitskiosken ▪ Gesundheitszentren/Primärversorgungszentren ▪ Gesundheitsregionen ▪ Erleichterungen für die Gründung von kommunalen MVZ ▪ G-BA-Reform (Beteiligung Pflege/Patienten) ▪ Krankenkassenqualitätstransparenz ▪ Hilfsmittelversorgung ▪ Länderbeteiligung in den Zulassungsausschüssen 	<p>Regelungsübersicht vorgelegt</p> <p>Referentenentwurf in Ressortabstimmung</p>
	<p>„Versorgungsgesetz II“</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbesserung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung ▪ Einhaltung der vertragsärztlichen Versorgungsaufträge ▪ Anpassungen der Fristen für die Übermittlung von Abrechnungsdaten (KVen) ▪ Direktzugang Heilmittelerbringer ▪ Künstliche Befruchtung und Kryokonservierung ▪ Clearingstellen ▪ Sprachmittlung ▪ Direktabrechnung für Kinder und Jugendliche in der PKV ▪ Möglichkeiten für im Krankenhaus tätige Hebammen auch ambulant tätig zu werden ▪ Weiterentwicklung der Regelungen zu medizinischen Versorgungszentren (MVZ) 	<p>Regelungsübersicht vorgelegt</p> <p>Referentenentwurf nach Abschluss „Versorgungsgesetz I“</p>
	<p>Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Inklusive Gesundheitsversorgung / Barrierefreiheit, inklusive zielgruppenspezifische Gesundheitsversorgung (u.a. auch LSBTI), inklusive Pflege, inklusive Prävention, Inklusion durch Digitalisierung, Inklusion in Aus- und Weiterbildung ärztlicher und nichtärztlicher Berufe, Teilhabe / Partizipation im Gesundheitswesen, Barrierefreie Kommunikation und Information, inklusiver Gesundheitsschutz. ▪ Anzustreben sind konkrete Maßnahmen, die unmittelbar die Versorgung verbessern. ▪ Beteiligung maßgeblicher Organisationen und Verbände für die Vertretung der Interessen von Menschen mit Behinderungen sowie besonderer Bedürfnisse an der konkreten Ausgestaltung des Aktionsplans (Runder Tisch). 	<p>Derzeit hausinterne Vorbereitung; Auftaktveranstaltung mit Verbänden Herbst 2023</p>

Vorhaben	Inhalt	Zeitplan
	Hybrid-DRG (§ 115f SGB V Spezielle sektorengleiche Vergütung) <ul style="list-style-type: none"> ▪ Einführung einer speziellen sektorengleichen Vergütung (= Hybrid-DRG) für diejenigen Leistungen des AOP-Katalogs, die bislang überwiegend stationär erbracht und abgerechnet wurden. ▪ Keine Einigung auf Selbstverwaltungsebene erfolgt. ▪ BMG bereitet Ersatzvornahme im Verordnungswege vor. 	Rechtsverordnung für zweite Jahreshälfte 2023 geplant Ziel: Einführung der Hybrid-DRG zum 1.1.2024